



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für internationalen Handel

2012/2029(INI)

27.3.2012

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für internationalen Handel

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zur Entwicklung einer energiepolitischen Zusammenarbeit mit Partnern
außerhalb der EU: ein strategischer Ansatz für eine sichere, nachhaltige und
wettbewerbsfähige Energieversorgung
(2012/2029(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Jan Zahradil

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. begrüßt eine gemeinsame EU-Energieaußenpolitik, die darauf abzielt, eine sichere, geschützte, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung für Unternehmen und Bürger sicherzustellen, die Abhängigkeit bestimmter Regionen der Europäischen Union von Energielieferanten aus Drittstaaten zu verringern, eine Energiewirtschaft auf der Grundlage eines hohen Energiewirkungsgrades aufzubauen und so bald wie möglich den Wandel zu umweltfreundlichen erneuerbaren Energien zu vollziehen; fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass sich ihre Energiepolitik und ihre Kooperationsmaßnahmen in diesem Bereich in das gemeinsame politische Konzept der EU einfügen, wie es in der Roadmap 2050 beschrieben wird;
2. ruft zur Verwirklichung größerer Synergien zwischen der Handels- und der Energiepolitik der EU im Einklang mit der Strategie Europa 2020 auf; betont die Notwendigkeit, den Aufbau globaler Ordnungsstrukturen für Rohstoffe zu fördern, um die internationalen Spannungen in diesem Bereich abzubauen, und empfiehlt in diesem Zusammenhang das Beispiel des Internationalen Energieforums (IEF); betrachtet den Abschluss langfristiger Verträge mit unseren strategischen Handelspartnern über die Lieferung von Energie und Rohstoffen zu fairen Preisen als eine der obersten Prioritäten; ruft die Europäische Union daher auf, eine in sich schlüssige Unionsstrategie für den Abschluss von Energielieferverträgen mit diesen Partnern anzunehmen;
3. lobt empfiehlt die Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über Energieabkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern, um einheitliche außenpolitische Maßnahmen im Energiebereich zu ergreifen und die Transparenz im Bereich der Energieeinfuhren in die EU zu verbessern; stellt fest, dass viele Abkommen im Energiebereich Investitionsbestandteile haben – aus diesem Grund sollte die Kommission sicherstellen, dass die Kohärenz zwischen Energieabkommen und Investitionsabkommen gewahrt wird, wobei insbesondere zu gewährleisten ist, dass die Befugnisse und Empfehlungen des Europäischen Parlaments bei der zukünftigen Investitionspolitik berücksichtigt werden; hebt hervor, dass die Kommission bei der Koordinierung der zwischenstaatlichen Abkommen eine aktive und fördernde Rolle übernehmen muss, um zu gewährleisten, dass alle gestellten Ansprüche umgesetzt werden können; vor der Unterzeichnung von Energieabkommen übermitteln die Mitgliedstaaten diese ausgehandelten zwischenstaatlichen Abkommen zur Zustimmung an die Kommission, die sicherstellt, dass die Abkommen mit dem Unionsrecht und vor allem mit den Handels- und Investitionsregelungen und den Regeln des Energiebinnenmarkts sowie mit den langfristigen energie- und klimapolitischen Zielen der Union vereinbar sind;
4. fordert die Kommission nachdrücklich auf, sich in allen relevanten Handelsabkommen, auch innerhalb der WTO, für die Annahme der Grundsätze der Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft und internationaler Standards zur Regelung von Energiemärkten einzusetzen, einschließlich einer Einstellung von Subventionen mit quantifizierten Zielen

für fossile Brennstoffe, und gleichzeitig quantifizierte Ziele festzulegen;

5. betont die Notwendigkeit, dass der Transatlantische Wirtschaftsrat die Zusammenarbeit u. a. bei ordnungspolitischen Regelungen, Forschungstätigkeiten auf dem Gebiet der nachhaltigen Energie und der Energieeffizienz, der Fusionsforschung und der atomaren Sicherheit fördert, und ruft zu regelmäßigen Energiedialogen mit Russland und anderen Partnern zur Entwicklung und besseren Durchsetzung internationaler Regeln für die sichere, geschützte und effiziente Erzeugung, Übertragung, Durchleitung, Speicherung und Verarbeitung von Energie sowie zu bilateralem Handel mit Technologien im Bereich neuer Energien und mit Produkten wie Biokraftstoffen auf;
6. weist darauf hin, dass sich die Europäische Union verpflichtet hat, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 % zu senken, und dass eine verbesserte Energieeffizienz in der Zusammenarbeit mit unseren Partnern außerhalb der EU für die Verwirklichung dieses Ziels wesentlich ist; vertritt die Auffassung, dass durch die Steigerung der Energieeffizienz Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden; fordert die Kommission daher auf, Forschung, Entwicklung und Innovation bei erneuerbaren Energien und Technologien zur Steigerung der Energieeffizienz sowie die rationelle Energienutzung zu fördern; hebt hervor, dass die Kommission die Zusammenarbeit und strategische Partnerschaften mit Ländern intensivieren muss, die sich auf eine nachhaltige Wirtschaft hinbewegen, und zwar in den Bereichen Innovation und F&E, Energieeffizienz und Energieeinsparungen, Einsatz von Technologien für erneuerbare Energien sowie Energiespeicherung, intelligente Energienetze und ausgeglichene Energiesysteme; weist darauf hin, dass außerdem über den Marktzugang für entsprechende EU-Produkte und -Dienstleistungen verhandelt und gleichzeitig durch Handelsabkommen beispielsweise mit Lieferanten von Strom aus erneuerbaren Quellen ein schrittweiser Übergang zu einer nachhaltigen emissionsarmen Wirtschaft mit möglichst geringen Treibhausgasemissionen gefördert werden muss;
7. bekräftigt im Einklang mit dem Millenniums-Entwicklungsziel, den universellen Energiezugang sicherzustellen, die Bedeutung der Steigerung der ausländischen Direktinvestitionen der EU in den Bau und die Modernisierung der Energieinfrastruktur und die Energieeffizienz in Entwicklungsländern im Hinblick auf die Schaffung von Kapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energiequellen sowie die Unterstützung für die Schaffung angemessener Rechtsrahmen als Hilfe zur Diversifizierung ihres Energiemixes bei gleichzeitiger Verbesserung des Schutzes der getätigten europäischen Investitionen durch geeignete Rechtsmittel;
8. fordert die Kommission auf, den Aufbau eines umfassenden EU-Systems zur Gas-Indexierung auf der Grundlage der Marktpreise für Gas zu unterstützen und es auf diese Weise allen mit Gas handelnden Unternehmen in der EU zu ermöglichen, unabhängig vom Ölpreis auf gerechtere und besser vorhersehbare Weise mit externen Gaslieferanten Handel zu treiben und den Wettbewerb auf dem Gasbinnenmarkt der EU weiter zu fördern.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	27.3.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 25 - : 3 0 : 2
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	William (The Earl of) Dartmouth, Damien Abad, Laima Liucija Andrikienė, Maria Badia i Cutchet, David Campbell Bannerman, Daniel Caspary, Marielle de Sarnez, Yannick Jadot, Metin Kazak, Bernd Lange, David Martin, Vital Moreira, Paul Murphy, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Niccolò Rinaldi, Helmut Scholz, Peter Šťastný, Robert Sturdy, Gianluca Susta, Keith Taylor, Iuliu Winkler, Jan Zahradil, Paweł Zalewski
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Josefa Andrés Barea, Catherine Bearder, George Sabin Cutaș, Mário David, Elisabeth Köstinger, Jörg Leichtfried, Jarosław Leszek Wałęsa
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Gabriel Mato Adrover